

FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM.
SOZIALISTISCH: TAUFRISSCH.

FAUST

Newsletter des Juso-Bezirks Braunschweig · Jan. 2008



Gerechtigkeit kommt wieder Landtagswahlen in Niedersachsen!

Liebe Leserinnen und Leser,
am 27. Januar 2008 stehen die Landtagswahlen in Niedersachsen an und wir Jusos kämpfen für einen Wechsel der Landesregierung. Seit 2003 wird Niedersachsen von CDU und FDP regiert. Sie haben in kürzester Zeit geschafft, die Lebenssituationen vieler Menschen nachhaltig zu verschlechtern. Christian Wulff, sein Kabinett und die CDU- und FDP-Fraktionen verantworten eine konservative, marktradikale, elitäre und unsoziale Politik.

Damit können wir Jusos uns nicht abfinden. Wir tragen dazu bei, diese furchtbare Politik der Konservativen und Liberalen am 27. Januar 2008 zu beenden. Wir

kämpfen in Niedersachsen für einen Regierungswechsel und eine gerechtere Politik in Niedersachsen.

Wir stehen für „Gute Arbeit“. „Gute Arbeit“ bedeutet in Niedersachsen nicht nur die Einführung von existenzsichernden Mindestlöhnen, sondern auch einen besseren Umgang mit den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, eine bessere Perspektive für junge Menschen ohne Ausbildungsplätze und die Gleichstellung der Geschlechter.

Herr Wulff ist gegen „Gute Arbeit“. Alle Initiativen zur Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen hat er im Landtag und im Bundesrat blockiert. Ihm geht es nicht um die Menschen.

Wir stehen für gleiche Bildungschancen für alle ab der Geburt. Deswegen hat sich die SPD das Ziel gesetzt, Kindern Plätze in Kindertagesstätten kostenfrei anzubieten. Die Lernmittelfreiheit soll wieder eingeführt werden und Studiengebühren fürs Erststudium sollen wieder abgeschafft

werden. Solche Bildungsbarrieren müssen abgebaut werden!

Herr Wulff ist für soziale Selektion der Gesellschaft ab der Geburt. Er hat u.a. das Errichtungsverbot für Gesamtschulen gewollt und Studiengebühren eingeführt. **Wir wollen wieder eine bessere Umweltpolitik für Niedersachsen.** Umweltpolitik ist ein zentrales Politikfeld für unsere Zukunft. Es liegt an uns, die Grundlagen für Lebensqualität und Wohlstand in unserem Lande nachhaltig zu nutzen und



am 27. Januar SPD und Wolfgang Jüttner wählen!

für nachkommende Generationen zu erhalten. Fortschritt ohne Umweltschutz wird es nicht mehr geben.

Herr Wulff ist ein Gegner von Umweltpolitik. So hat er die

gut funktionierende Umweltbehörde im Land Niedersachsen zerschlagen und die Förderung alternativer und erneuerbarer Energien stark gekürzt. Auch die Atomendlagerfrage wird von ihm stiefmütterlich behandelt. Es gibt keine absolute Sicherheit eines Atomlagers. Doch er nimmt das Absaufen des Atomülllagers ASSE II in unserer Region hin.

Wir Jusos wollen, dass sich die Politik in Niedersachsen wieder mehr an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Wir wollen endlich ein modernes Bildungs- und Betreuungsangebot in Niedersachsen, damit es mehr Chancengleichheit gibt. Wir möchten Niedersachsen besser, sozialer und chancengerechter machen.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und hoffen, Euch in diesem Wahlkampf bei unseren vielen Aktionen und Ständen zu treffen,

Euer Faust-Team

Gerechtigkeit kommt wieder...

...in der Bildungspolitik

— mehr dazu auf Seite vier.

...in der Umweltpolitik

— mehr auf Seite zwei.

**Mit uns:
Mindestlohn.
Das ist gerecht!**

Viele Menschen arbeiten in Deutschland den ganzen Tag, können aber sich und ihre Familien vom erarbeiteten Lohn nicht ernähren. Niedrig- und Armutslöhne sind ungerecht und unsozial. Sie missachten die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bereits fast 20 Prozent der Erwerbstätigen mit Vollbeschäftigung in Deutschland sind von Niedrig- und Armutslöhnen betroffen – das sind fast sieben Millionen Menschen. Sie erhalten ein Einkommen, das unter zwei Dritteln des Durchschnittseinkommens liegt. Das ist ein Skandal. Wer vollzeit arbeitet, muss davon leben können.

„Jede Art von ehrlicher Arbeit ist es wert, dass sie so entlohnt wird, dass man auch seinen Lebensunterhalt davon bestreiten kann. Deswegen wollen wir für alle Branchen einen Mindestlohn von 7,50 Euro“, erklärt der Braunschweiger Juso-Vorsitzende William Labitzke. „Auch wenn die CDU etwas anderes behauptet: Sozial ist nur, was Arbeit schafft, von der man leben kann. Bei Stundenlöhnen von 3,20 Euro - beispielsweise bei Frisören - kann davon nicht die Rede sein.“, so Labitzke weiter.

Mindestlohn-Kritikern halten wir Jusos entgegen, dass in vielen europäischen Ländern untere Lohngrenzen existieren. 18 von 25 EU-Ländern haben Mindestlöhne eingeführt. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigten: Mindestlöhne sind wachstums-, beschäftigungs- und konjunkturbelebend!

William Labitzke

Lernmittelfreiheit wieder einführen. Studiengebühren abschaffen. Gemeinsame Schule einführen.

Wir Jusos und die SPD mit Wolfgang Jüttner an der Spitze fordern die CDU mit einem klaren Konzept für mehr soziale Gerechtigkeit in der Bildungspolitik heraus. Sofortige Abschaffung der Studiengebühren, ein Sofortprogramm für neue Ausbildungsplätze, kostenfreie Kinderbetreuung und Gemeinsame Schule bis zur 10. Klasse sind als erstes nach dem

Wahlerfolg geplant. Eine weitere zentrale Forderung ist die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit. Diese wurde von der CDU im Jahre 2004 abgeschafft. Unsere Vorhaben stehen für eine Chancengleichheit im Bildungswesen.

Stefan Hillger

Für einen bildungspolitischen Kurswechsel in Niedersachsen!

Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit

Mit Beginn des Schuljahrs 2004/2005 wurde die Lernmittelfreiheit in Niedersachsen von CDU und FDP abgeschafft. Alle Eltern müssen die Schulbücher ihrer Kinder selbst kaufen. Die Kosten belaufen sich in der Grundschule auf ca. 50 € pro schulpflichtiges Kind, auf ca. 100 € für weiterführende Schulen und ca. 150 € für Bücher, die in der gymnasialen Oberstufe benutzt werden.

Es besteht die Möglichkeit, Schulbücher für ein Jahr kostenpflichtig zu leihen, weil die Schulen zu diesem Ausleihsystem verpflichtet sind. Die Mietgebühren betragen pro Kind und Schuljahr ca. 30 bis 40 % des Anschaffungspreises. Für eine Familie mit zwei Kindern belaufen sich die durch den Verleih von Büchern anfallenden Kosten auf ca. 110 € pro Schuljahr. In diesem Zusammenhang muss aber darauf hingewiesen werden, dass Duden und Atlanten grundsätzlich nicht entliehen werden können und selbst gekauft werden.

Es darf nicht sein, dass der soziale Hintergrund von Menschen anhand der Schulbücher bzw. ihrer Ausleihe deutlich wird. Das Prinzip, den Kindern von Hartz-IV EmpfängerInnen Büchergutscheine zur Verfügung zu stellen, ist abzulehnen. Dadurch wird der soziale Status eines Kindes deutlich. Dies führt zur sozialen Ausgrenzung innerhalb der Klasse und zur Bloßstellung des Kindes.

Bildung ist ein öffentliches Gut, das allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft kostenfrei zur Verfügung stehen muss. Eine Beteiligung der Erziehungsberechtigten an den Kosten für Lernmittel verstärkt die Neigung, Bildungswege nach dem eigenen Geldbeutel und der sozialen Herkunft zu beurteilen. Das vermindert die erforderliche Chancengleichheit im Bildungssystem und verschärft die soziale Ausgrenzung.

Studiengebühren abschaffen

Seit dem 01.04.2007 müssen alle Studierenden in Niedersachsen 500 € pro Semester als Studiengebühren zahlen. Dazu kommen, je nach besuchter Hochschule, etwa 200 € sonstiger Gebühren (Verwaltungsbeitrag, Semesterticket, Beitrag für das Studentenwerk). De facto betragen die Studiengebühren in Niedersachsen so 700 € pro Semester. Durch die Studiengebühren können sich viele junge Menschen ein Studium nicht mehr leisten. Das Studium wird auf diese Weise (wieder) zu einem Privileg, das nur noch sozial Bessergestellten möglich ist. So wird vielen Menschen die Möglichkeit benommen, Berufe anzustreben, die einen Hochschulabschluss als Einstellungsvoraussetzung haben. Studiengebühren gehören abge-



schaft, weil der Zugang zu Bildung und die Bildungschancen nicht von der sozialen Ausgangslage abhängen dürfen. Chancengleichheit im Bildungswesen muss gegeben sein.

Studiengebühren führen nicht zu einer Verbesserung der Lehre. Im Gegenteil: Seit dem Jahr 2003 haben CDU und FDP allein im Hochschulbereich jährlich 40 Millionen € eingespart, wodurch viele Stellen gestrichen werden mussten. Die Studienbedingungen in Niedersachsen haben sich seit 2003 deutlich verschlechtert!

Studiengebühren führen dazu, dass Studierende länger studieren und sich nicht auf ihr Studium konzentrieren können, da sie neben ihrem Studium monatlich bis zu 80 Stunden arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren.

Für die Gemeinsame Schule

In kaum einem anderen Land hängen die Bildungschancen junger Menschen so sehr von ihrer sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Junge Menschen werden durch das dreigliedrige Schulsystem (Haupt-, Realschule, Gymnasium) anhand ihrer sozialen Herkunft auf eine der Schulformen verteilt. Dies zeigen viele Studien übereinstimmend. Selektion statt Integration lautet die Leitlinie des deutschen Schulsystems, da es auch kaum Aufstiegsmöglichkeiten gibt. Dadurch wird die Entscheidung über den schulischen (und beruflichen) Lebensweg eines Kindes im Alter von 10 Jahren getroffen. Gemeinsames Lernen tritt hinter dem Leistungsdruck zurück.

In Skandinavien wird hingegen auf eine gemeinsame Beschulung bis einschließlich der 10. Klasse gesetzt. Auf diese Weise wird der sozialen Auslese entgegen gewirkt. Gemeinsam beschulen heißt individuell fördern, weil die Schülerinnen und Schüler in ihren schwächeren Fächern gefördert werden. Spezielle Sprachkurse und

weitere Fördermaßnahmen ergänzen die individuelle Betreuung. Ganztagsangebote wie Sportkurse und Hausaufgabenbetreuung sind in Skandinavien der Normalfall. Sitzenbleiben kennt das skandinavische Schulsystem nicht. Stattdessen können die Fächer und Kurse, in denen noch Nachholbedarf besteht, separat erneut belegt werden. So wird das demütigende Wiederholen der kompletten Jahrgangsstufe vermieden. Methodentraining und gemeinsames Lernen sind weitere zentrale Bausteine des skandinavischen Schulsystems.

Die SPD in Niedersachsen möchte das Schulsystem nach dem skandinavischen Vorbild umgestalten. Im Mittelpunkt steht dabei die einzelne Schülerin/ der einzelne Schüler. Nur so kann Chancengleichheit im Bildungswesen geschaffen werden. Die Schulpolitik von CDU und FDP, die Menschen Chancen nimmt, kann sich Niedersachsen nicht mehr leisten.

Atomstrom: Nein danke!

Am Atomausstieg festhalten und unsere Energieversorgung zukunftsfähig gestalten

Umweltpolitik ist ein zentrales Politikfeld für unsere Zukunft. Ziel muss es sein, die Energieproduktivität Jahr für Jahr zu steigern und den Anteil der erneuerbaren Energien schrittweise weiter zu erhöhen. In Zeiten steigender globaler Energie-Nachfrage stellt sich verstärkt die Frage nach einer alternativen Energieversorgung zu der Verbrennung fossiler Brennstoffe und zur Kernenergie.

Wir Jusos machen deutlich, dass es mit einer SPD keine Wiedereinstieg in die Atomenergie geben wird. Die Atomenergie ist keine Antwort auf die Probleme der Versorgungssicherheit mit Energie und des Klimawandels. Genau wie bei der Energiegewinnung durch Kohle, Gas und Erdöl sind wir auch bei der Atomenergie auf den Import von Brennstoffen angewiesen. Diese Energieträger stehen uns nicht ewig zur Verfügung.

Bei aller Diskussion um CO₂-Emissionen müssen wir überlegen, was uns langfristig mehr schadet. Die Nutzung von Kohle als Energiequelle, die kurzfristig noch nicht „sauber“ sind, aber zukünftig durch neue Technologien und Umrüstungen „sauber“ gemacht werden sollen. Oder die Nutzung der Kernkraft, die im Vergleich niedrige CO₂-Emissionen aufweisen, aber uns das Jahrtausend lange Problem der Entsorgung und Endlagerung beschert.

Eines ist sicher: der Weiterbetrieb älterer Kernkraftwerke dient nicht dem Klimaschutz, sondern dem Auffüllen der Kassen der Energieindustrie. Denn jedes abgeschriebene KKW ist bares Geld.

Und ein riesiges Problem bleibt: weltweit gibt es noch keine Lösung für die Endlagerung von Atommüll, der für Jahrtausende sicher gelagert werden muss. Wir müssen die Auseinandersetzung mit dem nationalen Konzept der unumkehrbaren, nicht-rückholbaren Endlagerung radioaktiver Abfälle suchen. Niedersachsen trägt mit Gorleben,

Schacht Konrad und Asse II die alleinige Belastung. Diese Endlager sind nicht sicher! Deshalb muss es endlich einen fairen und transparenten Prozess für die Festlegung von Atommüllendlagern geben.

Es kann nur drei Wege geben, unsere Energieversorgung für die Zukunft zu sichern und Atomenergie überflüssig zu machen:

1. Es gilt, den privaten und kommerziellen Energie- und Wasserverbrauch weiter zu senken. Hier

werden enorme Potenziale noch nicht genutzt.

Durch Gebäudesanierungen lassen sich bis zu 50

Prozent Energie einsparen. Aufklärungskampagnen zur

Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung sind ein sinnvoller Schritt, um ein ökologisches Bewusstsein in der Bevölkerung zu wecken. Ökologie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

2. Es gilt, weiter in den Markt der erneuerbaren Energien, wie Wind-, Wasser- und Solarkraft, zu investieren. Die SPD hat durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und mit dem Ausstieg aus der Atomenergie die Grundlage dazu gelegt. Nur die Nutzung erneuerbarer Energien macht ein rohstoffarmes Land wie Deutschland wirtschaftlich und politisch unabhängig und schafft es, umweltschonend Energie in größeren Mengen dauerhaft und kostengünstig zur Verfügung zu stellen.

3. Die Energie-Industrie muss ihren Zusagen nachkommen, in moderne Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden zu investieren. So lässt sich Energie ressourcensparender erzeugen.

Alle drei Lösungen können dazu beitragen, den Energieverbrauch insgesamt zu senken und langfristig die Atomkraft überflüssig zu machen.

William Labitzke



„Atom-Klo“ Niedersachsen verhindern!

Der Braunschweiger Jusos-Vorsitzende William Labitzke besichtigte mit 25 weiteren Besuchern das stillgelegte Eisenerz-Bergwerk „Schacht Konrad“ in Salzgitter-Bleckenstedt. Dieses ist als Endlager für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung vorgesehen und wird vom Betreiber für diese Aufgabe vorbereitet.

Alle Besucher konnten sich ein Bild der Arbeiten in der Anlage unter Tage machen. Die Schachtanlage Konrad ist ein ehemaliges Eisenerzbergwerk und wird in ein Endlager für radioaktive Abfälle umgerüstet. Am 22. Mai 2002 wurde die Genehmigung zur Einlagerung von maximal 303.000 m³ radioaktiver Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung erteilt. Von den sechs bestehenden Hauptsohlen in bis zu 1300 Metern Tiefe sollen mehrere Einlagerungskammern erschlossen werden. Diese werden bei einer Sohlenbreite von etwa 7 Metern und einer Höhe von etwa 6 Metern erstellt. Ihre Länge solle – je nach geologischen Gegebenheiten – zwischen 100 und 1000 Meter betragen.

William Labitzke fordert, die Schachtanlage Konrad nur als Zwischenlager zu nutzen und den Atommüll nicht wie geplant in Beton in den Einlagerungskammern zu verschließen: „Auch wenn das Konzept im ersten Moment schlüssig klingt – eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht. Deswegen sage ich: Lieber die Anlage als Zwischenlager verwenden, um folgenden Generationen die Möglichkeit offen zu halten zu entscheiden, wie das Atommüll-Problem in Zukunft gelöst wird!“



Auch unterstützt Labitzke die Bemühungen der SPD in Niedersachsen, bundesweit nach geeigneten Standorten für Atommüllendlager zu suchen, um ein „Atom-Klo“ Niedersachsen zu verhindern: „Man sollte erst einmal Kriterien für ein Atomendlager definieren und danach geeignete Endlagerstandorte suchen – und nicht umgekehrt, wie in Niedersachsen in der Vergangenheit geschehen!“

William Labitzke

Klare Unterschiede. Klare Positionen.

SPD	CDU
Abschaffung der Studiengebühren	Studierende müssen 500€ Studiengebühren pro Semester zahlen
Wiedereinführung der Lernmittel-freiheit für alle. Dadurch mehr Teilhabe im Bildungswesen.	Abschaffung der Lernmittelfreiheit-Mehrkosten für Eltern von ca. 150 € pro Schuljahr und Kind
Gemeinsame Beschulung bis zur 10. Klasse. Individuelle Förderung der Kinder. Zusätzliche Förderstunden. Abschaffung des Sitzenbleibens.	Einteilung der Schüler nach der vierten Klasse. Dreigliedrigkeit in Haupt und Realschule sowie das Gymnasium. Kaum Aufstiegsmöglichkeiten für Schüler.
Gemeinsame Schule als Angebotsschule, wenn die Eltern vor Ort es wünschen. Zusammenarbeit mit Elternverbänden und Gewerkschaften vor Ort.	Wille der Eltern vor Ort wird offenbar ignoriert. Auf die Betroffenen vor Ort wird kaum eingegangen.
Rücknahme der jährlichen Kürzungen im Hochschulwesen von 40 Millionen Euro.	Seit 2003 allein im Hochschulwesen 40 Millionen Euro jährlich eingespart.
Einsatz für einen gesetzlichen Mindestlohn, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können. Kampf gegen Lohndumping.	Gesetzliche Mindestlöhne werden abgelehnt. Niedriglöhne werden offenbar akzeptiert.
Förderung von erneuerbaren Energien. Bekenntnis zur Energiewende und zum Atomausstieg	An Atomenergie wird festgehalten.
Initiativen für mehr Ausbildungsplätze in Niedersachsen. Hilfe für alle Bewerberinnen und Bewerber, spezielle Angebote für marktbenachteiligte Jugendliche.	Jugendlichen wird nicht von staatlicher Seite geholfen. 30000 junge Menschen haben in Niedersachsen keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Deshalb: am 27.01.2008 SPD wählen!

Mehr Ausbildungsplätze für Niedersachsen!

In Niedersachsen haben 30 000 junge Menschen keine Ausbildung, obwohl sie viele Bewerbungen schreiben, zur Mobilität bereit sind und auch einen Ausbildungsplatz akzeptieren würden, der nicht unbedingt ihrem Berufswunsch entspricht. Die CDU/FDP-Landesregierung überlässt diese jungen Menschen sich selbst und tut nichts, um ihnen den Beginn ihres Berufslebens zu ermöglichen.

Um diesen jungen Menschen dennoch eine Lebensperspektive bieten zu können,

hat die niedersächsische SPD sich dafür ausgesprochen, jährlich 10.000 Vollzeit-Ausbildungsplätze mit Kammerabschluss an den Berufsbildenden Schulen zu schaffen. Dieses Konzept beinhaltet auch eine Praktikumsphase in den Betrieben mit einer angemessenen Vergütung.

Wir Jusos unterstützen dieses Konzept, weil es eine Möglichkeit darstellt, kurzfristig jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen!

Stefan Hillger, William Labitzke

Impressum



Herausgeber:
Juso-Bezirk Braunschweig
www.jusos-braunschweig.de
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig
Kontakt: 0531-4809816

V.i.S.d.P.:
William Labitzke, Stefan Hillger, Jan Schwarz
Redaktion: William Labitzke, Stefan Hillger
Fotos: William Labitzke, Jusos

Druck: Lebenshilfe Braunschweig
Auflage: 8.000 Exemplare

Jusos in deiner Nähe:

Jusos Stadt Braunschweig
www.jusos-bs.de
Kontakt: 0531-4809821
Treffen: jeden Mittwoch um 19 Uhr
Ort: Schloßstraße. 8 im Magniviertel

Jusos Gifhorn
Kontakt: 05371-3655

Jusos Goslar
Kontakt: 05321-709516

Jusos Helmstedt
Kontakt: 05351-599830

Jusos Osterode
Kontakt: 05522-315713

Jusos Peine
Kontakt: 05171-5068310

Jusos Salzgitter
Kontakt: 05341-43082
Treffen: jeden Donnerstag um 19 Uhr
Ort: nach Vereinbarung

Jusos Wolfenbüttel
www.jusos-wf.de
Kontakt: 05331-46097
Treffen: jeden Mittwoch um 19:05 Uhr
Ort: nach Vereinbarung

Jusos Wolfsburg
Kontakt: 05361-15175